

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 19. November 2018; Bericht

Am 19. November 2018 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini sprach unter dem Punkt laufende Angelegenheiten folgende Themen an: Die Umsetzung der EU-Globalstrategie, die zweite Tranche der US-Sanktionen gegen den Iran, die aktuellen Entwicklungen in Gaza und Libyen. Italien informierte in diesem Zusammenhang über die Palermo Konferenz zu Libyen, die Niederlande über eine Konferenz betreffend Sanktionssystem gegen Menschenrechtsverletzer und Spanien sprach die aktuelle Situation in Venezuela an.

Der erste Tagesordnungspunkt behandelte Zentralasien und diente als Vorbereitung auf das Ministertreffen mit den fünf zentralasiatischen Staaten am 23.11. in Brüssel. Wesentliche Themen bildeten die Ausarbeitung von EU „Key Messages“ für das Treffen, die Möglichkeiten für EU-Engagement angesichts neuer regionaler Dynamiken und die Implikationen der EU-Konnektivitätsstrategie für die Region. Die Ratsschlussfolgerungen zu Afghanistan und Wasserdiplomatie waren von besonderer Bedeutung für diese Region.

Unter dem Tagesordnungspunkt zu Bosnien und Herzegowina wurden die Situation nach den Wahlen vom 7. Oktober 2018 und der Reformprozess generell diskutiert. Die Notwendigkeit einer vertieften Adressierung der Problematik im Rahmen des Avis-Prozesses der EU Kommission wurde betont. Für Österreich war es wichtig, den Fokus der Debatte auf die EU-Perspektive des Landes sowie die notwendigen Reformen zu legen. Eine breite Diskussion zur Region Südosteuropa wurde für den Rat für Auswärtige Angelegenheiten im Dezember angekündigt.

Der dritte Tagesordnungspunkt galt der Ukraine, der auf Antrag von Polen auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Diskutiert wurden vordergründig die Situation in der Ost-Ukraine in Bezug auf die Wahlen im Donbas und die zunehmende Militarisierung im Asowschen Meer. Die EU-Mitgliedstaaten bestätigten die gemeinsame Position betreffend Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Die Durchführung der Wahlen in der Ost-Ukraine wurden als klare Verstöße gegen die Minsker Abkommen gesehen. Die Ergebnisse der Diskussion werden in den Assoziationsrat am 17.12. einfließen.

Während des Mittagessens wurde auf österreichischen Wunsch Jemen diskutiert. Der Fokus lag dabei auf humanitärer Hilfe und politischer Unterstützung. Für Österreich war es wichtig, das Bewusstsein zu mehr humanitärem Engagement zu stärken, eine aktivere politische Rolle der EU zu fordern und durch eine effektive Unterstützung der VN-Vermittlung des VNSG Griffiths zur Beendigung des Blutvergießens zu kommen.

Ratsschlussfolgerungen wurden zu Afghanistan, Pakistan, Wasserdiplomatie, zur Strategie der EU gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie zugehörige Munition, Äthiopien und dem Sudan angenommen. Außerdem wurden die Beschlüsse des Rates vom 19. November 2018 zur Änderung und zur Aktualisierung des Beschlusses (GASP) 2018/340 zur Festlegung der Liste der im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) auszuarbeitenden Projekte (GASP) 2018/1797, zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und der unerlaubten Verbreitung solcher Waffen in den Staaten der Liga der Arabischen Staaten (GASP) 2018/1789, in Unterstützung der Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) bei der Umsetzung des regionalen Fahrplans zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels im Westbalkan (GASP) 2018/1788 und zur Änderung und Verlängerung des Beschlusses 2010/96/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte (GASP) 2018/1787 angenommen.

Im Anschluss an den regulären Rat fand eine gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister statt. Im Zentrum der Debatte standen Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Globalstrategie (EUGS) im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man der SSZ, der Coordinated Annual Review on Defence (CARD), dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), der Europäischen Friedensfazilität (EFF), der Militärischen Planungs- und Führungsfazilität (MPCC), der Militärischen Mobilität sowie dem Pakt für die zivile GSVP. Es wurden Ratsschlussfolgerungen zu Sicherheit und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU und zur Schaffung eines Pakts für die zivile GSVP angenommen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

17. Jänner 2019

Dr. Karin Kneissl
Bundesministerin